

NICARAGUA
Polizeiübergriffe
in Textilfabrik
(Seite 24)



WASSER

Menschenrecht oder Wirtschaftsfaktor?

Liebe Leser*innen, liebe Freund*innen,

Als Sie heute Morgen aufgestanden sind, haben Sie vielleicht zuerst eine Tasse Kaffee getrunken oder Sie sind zunächst ins Bad verschwunden, um zu duschen. Dann noch schnell Blumen gießen und den Schirm eingepackt, es könnte ja regnen. Wasser ist ein allgegenwärtiges Element in unser aller Leben – egal ob in Europa oder Mittelamerika – schon alleine, weil wir zu zwei Dritteln daraus bestehen.

In Massen kann es zerstörerische Kraft entwickeln – etwa als im Oktober 2015 sintflutartige Regenfälle nahe Guatemala-Stadt einen Erdbeben auslösten und 200 Häuser und über 280 Menschen unter einer Schlammlawine begruben. Aber ohne Wasser geht es auch nicht: Die Jahre 2014 und 2015 brachten aufgrund des Klimaphänomens El Niño kaum Regen in die trockeneren Gebiete Mittelamerikas und ließen lebensnotwendige Ernten und Vieh vertrocknen.

Als Feststoff kann Wasser 15 verschiedene Strukturen annehmen und hat ein größeres Volumen als das flüssige Nass (Eis schwimmt) und es bietet noch eine Reihe ungewöhnlicher Eigenschaften Dank der einzigartigen „Wasserstoffbrücken“, die wie ein wassereigener Klebstoff wirken. So gibt es Forscher*innen noch heute große Rätsel auf.

Nur eines ist glasklar: Wasser ist lebenswichtig und es ist ein Verbrechen an uns, unserem Planeten und allen zukünftigen Generationen, es zu verschmutzen und zu verschwenden. 2010 verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen das „Recht

auf Zugang zu sauberem Wasser“ als Menschenrecht ohne eine einzige Gegenstimme.

Aber das Wissen um Endlichkeit und Kostbarkeit von sauberem Wasser scheint zu den Dingen zu gehören, die allen bekannt sind, aber Keinen interessieren. Der Schritt vom alltäglichen Kaffeegenuss (Produktionskosten pro Tasse: 140 Liter Wasser) zu Sturmfluten und Dürren ist wohl zu groß, um Zusammenhänge zu erkennen. Und welche*r der Goldschürfer*innen und Bergbaukonzerne konnte sich schon ausmalen, dass in einem wasserreichen Land wie EL Salvador einmal 90 Prozent des Oberflächenwassers durch goldlösendes Zyanid und andere Chemikalien unumkehrbar verschmutzt sein würden? Doch jetzt ist es so und die Resolution, mit der El Salvador gemeinsam mit 33 weiteren Staaten die Erhebung des Rechts auf Wasser zum Menschenrecht beantragte, kommt für den Großteil seiner Wasserreserven zu spät. Ohnehin sind die Menschenrechte der UN keine bindenden Gesetze.

Doch die Auseinandersetzungen, die es nun in Mittelamerika um Wasser gibt (ab Seite 4), zeigen, dass sich auch in Europa irgendwann die komfortable Situation, recht sorglos mit dem Elixier des Lebens umgehen zu können, ändern kann. Wir müssen das große Ganze im Blick behalten, um es auf unseren Alltag und gängige Geschäftspraktiken unserer Unternehmen herunterbrechen zu können und lokal zu handeln.

Eine interessante Lektüre wünscht

Ihr CIR-Team

Titelbild von James Rodríguez (mimundo.org):
Wie fast alles erfährt Wasser erst dann gebührende Wertschätzung, wenn es knapp ist, so wie im salvadorianischen San Isidro, wo dieses Mädchen während einer schweren Dürre Wasser von weit her nach Hause tragen muss.



THEMA

Wasser - Menschenrecht oder Wirtschaftsfaktor?



4 ISABELL ULLRICH (CIR)
Genug für alle?
Wasser in
Mittelamerika

6 PEDRO CABEZAS
**Die Verteidigung
des Wassers in
El Salvador**

10 ANNE NIBBENHAGEN, KIRSTEN
CLODIUS (BEIDE CIR)
Oasen im Trockenem Korridor
Wie eigenständige Bäuerinnen
die Trockentropen wieder
fruchtbar machen

13 REGINE RICHTER, KATHRIN PETZ
Konfliktherd Wasserkraft
Menschenrechtsverletzungen
„powered by Germany“



THEMA 4-15

MITTELAMERIKA

Länderberichte

18 CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)
MITTELAMERIKA
Das tödlichste Jahr
Alarmierender Anstieg von
Morden an Umweltaktivist*innen

21 THORSTEN MOLL (CIR)
HONDURAS
Melonen süß-sauer
Ausbeuterische Arbeit auf
Plantagen

24 THOMAS KRÄMER (CIR)
NICARAGUA
Zuckerbrot und Peitsche
Polizeiübergreife in
Textilfabrik

KAMPAGNE

27 ANNA BACKMANN (CIR)
Andere Länder – gleiche Sitten
Skrupellose Bergbaukonzerne und
politischen Eliten in der Mongolei

ÜBER UNS

30 **Neue Stiftungsbroschüre /
Neu im Team**

31 **Bestellschein**

Diese presente könnte auch andere
Personen oder Gruppen in Ihrem Umfeld
interessieren? Bestellen Sie gerne mit einer
Mail (ci@ci-romero.de) oder einem Anruf
(0251-674413-0) gratis weitere Exemplare
zum Verteilen im Kollegium, der Freizeit-
gruppe und dem Bekanntenkreis!



21



24



27

FOTOS: JAMES RODRIGUEZ (MIMUNDO.ORG), FOTOS-0044 (HTTP://FLIC.KR/P/DBU9QR)
VON ALISON MCKELLAR UNTER CC BY 2.0, EMIH, MEC, ANNA BACKMANN (CIR)

Impressum



Herausgeberin:
Christliche Initiative Romero (CIR)
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster
Telefon +49 (0) 251 - 67 44 13 -0
Fax +49 (0) 251 - 67 44 13 -11
ci@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Redaktion:
Anna Backmann, Canan Barski,
Kirsten Clodius, Thomas Krämer,
Thorsten Moll, Anne Nibbenhagen,
Maik Pflaum, Albrecht Schwarzkopf,
Anil Shah, Isabell Ullrich (Vi.S.d.P.),
Christian Wimberger
Lektorat: Isabell Ullrich
Druck: Druckservice Roxel, Münster,
August 2016
Layout: Edith Jaspers
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Spenden an die CIR
DKM Darlehnskasse Münster
IBAN DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC GENODEM1DKM

Geprüft und empfohlen.
Das DZI bescheinigt der
Christlichen Initiative
Romero einen verantwortungsvollen Umgang mit
Spendengeldern.



Die Veröffentlichung der presente wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt dieser Veröffentlichung ist allein die CIR verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.



Genug für alle? Wasser in Mittelamerika

GUATEMALA

Wir wollen unser Wasser zurück!

Wassermarsch (Marcha por el Agua) heißt die 12-tägige Demonstration, bei der sich Bäuer*innen zum internationalen Tag der Erde nach Guatemala-Stadt aufmachen. Am 22. April 2016 kamen **20.000 Menschen** vor dem guatemaltekischen Parlament an und forderten u.a. ein Gesetz, das es internationalen Konzernen verbietet, weiter Flüsse umzuleiten und somit der Bevölkerung das Wasser abzugraben. Laut Amerika21 hörte der Parlamentspräsident die Wortführer*innen des Wassermarsches an, doch **die versprochene Reform zum Schutz der Wasserläufe wurde vom Parlament abgelehnt**. Auch in Costa Rica und El Salvador setzen sich NGOs für nötige, moderne Gesetze für ein integriertes Wasserressourcenmanagement ein.

EL SALVADOR Bergbau das Wasser abgegraben

In El Salvador sind unfassbare **90 Prozent des Wassers in Flüssen und Seen untrinkbar**, verschmutzt durch **giftiges Zyanid vom Goldbergbau** und anderen Industrie-Chemikalien. Glücklicherweise hat der Widerstand der Zivilbevölkerung gegen den Goldabbau dazu geführt, dass die Regierung ihn nun verboten hat. Doch nun drohen dem Land andere Konsequenzen: Das Urteil über eine Strafzahlung an den kanadischen Bergbaukonzern OceanaGold wegen „entgangener Gewinne“ steht kurz bevor.

> Ab Seite 6: Der Kampf El Salvadors um sein Wasser

In Honduras quellen jeden Tag 2.300 Kubikmeter Wasser aus der Erde, die nicaraguanische Hauptstadt Managua hat mit dem Managua-See ein riesiges Süßwasserreservoir vor der Haustür und Costa Rica versorgt seine Bevölkerung größtenteils mit Strom aus Wasserkraft. Dass diese Länder in den mittelfeuchten Tropen einmal Probleme mit Wasser haben würden, hätte vor drei Jahrzehnten noch niemand geglaubt. Doch es gibt sie - auch als mahnendes Beispiel für Europa, das sich (noch?) sicher mit Wasser versorgt wähnt. TEXT: ISABELL ULLRICH (CIR)

GUATEMALA Wasserkraft - so geht's auch

In der Region Quiché in Guatemala wird die Elektrizität einiger Gemeinden mit Wasserkraft erzeugt. Der Strom kommt nicht von monströsen Staudämmen, sondern von **Mini-Turbinen**, an denen die Gemeinden selbst mitgebaut haben. Sie versorgen direkt hunderte Familien der näheren Umgebung mit Strom, **stören aber nicht die natürlichen Läufe der Flüsse** oder überfluten gar große Gebiete, wie es bei umstrittenen Mega-Wasserkraftwerken der Fall ist.

HONDURAS Land oder Wasser(kraft)?

„Wasserkraft ist sauber“ — damit wirbt das honduranische Unternehmen DESA, das am Rio Gualcarque ein riesiges Wasserkraftwerk plant. Gleiches lässt sich von DESAs Methoden vermutlich nicht sagen: **Mehrere Umwelt- und Landrechtsaktivist*innen**, die sich gegen das Projekt einsetzten, weil es ganze Ökosysteme und das Land der ansässigen indigenen Bevölkerung zu überschwemmen droht, **wurden ermordet**. Prominentes Beispiel: Berta Cáceres. In ihrem Fall wird u.a. gegen einen DESA-Mitarbeiter ermittelt. Landrechtskonflikte und Kriminalisierung von Aktivist*innen bei Megaprojekten gibt es auch in anderen Teilen Mittelamerikas. Aufgrund der ungefragten Enteignung der Ortsansässigen hat sich dafür inzwischen das Wort „**Green Grabing**“ etabliert.

> Ab Seite 13: Green Grabing finanziert von Deutschland?

NICARAGUA Der ausgetrocknete Korridor

Nicaragua ist mit den Nicaraguasee und dem Managuasee eigentlich das wasserreichste Land Mittelamerikas. Eigentlich. De facto haben Dürren, bedingt durch das Wetterphänomen El Niño, Klimawandel, Abholzung und Monokulturen die fruchtbaren Böden ausgelaugt und ausgetrocknet. Besonders betroffen ist der ohnehin recht trockene „Corredor Seco“. 2015 blieb er **selbst in der Regenzeit teils 30-40 Tage am Stück ohne Regen**, was — vor allem für Kleinbäuer*innen — zu existenzbedrohenden Ernteaussfällen führte.

> Ab Seite 10: Wie findige Frauen dem Problem begegnen.

Abgründe tun sich auf – nicht nur beim Goldabbau dieses Kleinschürfers, sondern auch im übertragenen Sinne – bei den Methoden der multinationalen Bergbaukonzerne.

Die Verteidigung des Wassers in El Salvador

Am 27. Juli dieses Jahres haben sich Mitglieder der Umweltbewegung El Salvadors im Municipio Tacuba versammelt, um die Freilassung von sieben Gemeindevorstehern zu fordern. Diese waren auf Anordnung der Generalstaatsanwaltschaft festgenommen worden, weil sie gegen die Privatisierung der lokalen Wasserversorgung Widerstand geleistet hatten. Dieser Streit spiegelt eine Tendenz hin zu sozialen Konflikten wider, die durch die Wasserkrise hervorgerufen werden und die das gesamte Land betreffen. TEXT: PEDRO CABEZAS, ÜBERSETZUNG: THORSTEN MOLL (CIR)

In der Gemeinde Tacuba kam der Richter des Friedensgerichts, Dr. Rafael Alfonso Rivas, zwar zu der Empfehlung, die Beschuldigten aus der Haft zu entlassen. Mitglieder des Foro del Agua, das sich in El Salvador für das Menschenrecht auf Wasser einsetzt, rechnen allerdings mit einem langen Rechtsstreit. Die Gemeindevorsteher mussten vom Vorwurf der Sabotage und des Diebstahls von Wasserressourcen befreit und die willkürliche Privatisierung des Wassersystems der Gemeinde verhindert werden.

Laut der Vertretung für die Verteidigung von Menschenrechten El Salvadors sind solche Konflikte das Resultat eines schlechten Was-

serressourcenmanagements, der Privatisierung, der Kontamination sowie des exzessiven Verbrauchs von Wasser durch kommerzielle Unternehmen. Konflikte um Bergbau-Projekte stellen dabei eine latente Bedrohung dar, mit dem Potential, die soziale Krise in all ihren Dimensionen zu verschlimmern.

Erfolgreicher gemeinsamer Widerstand

Im Jahr 2002, während des Höhepunkts der neoliberalen Politik in Mittelamerika, stellte die rechte Regierungspartei ARENA einen Plan für die wirtschaftliche Entwicklung im Norden El Salvadors vor. Es umfasste Konzessionen

FOTOS: GOLD MINING (FLIC.KR/P/E951BZ) VON OLLIVIER GIRARD (CIFOR) UNTER CC BY-NC 2.0. CIMG0139.JPG (HTTP://FLIC.KR/P/4D9X1J) VON ALISON MCKELLAR UNTER CC BY 2.0



für den Bergbau, den Bau von zehn Wasserkraftwerken in den Flussläufen des Rio Lempa und des Rio Torolas sowie den Bau einer Schnellstraße quer durch die Zona Norte. Der Plan konnte allerdings nie vollständig umgesetzt werden. Grund dafür ist der Widerstand der vom Bergbau bedrohten Gemeinden. Bis heute protestieren sie lautstark dagegen, wegen der Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesundheit der Menschen. Zum Kampf gegen diese Projekte hat sich eine Vielzahl nationaler Organisationen vereint: Diverse Regierungsinstitutionen, die katholische Kirche und viele zivilgesellschaftliche Akteure. Sie argumentieren, dass das fragile sozio-ökologische Gleichgewicht des Landes nicht in der Lage ist, der sozialen und der Umweltbelastung der Bergbauindustrie standzuhalten.

Verwundbar, verringert, verschmutzt

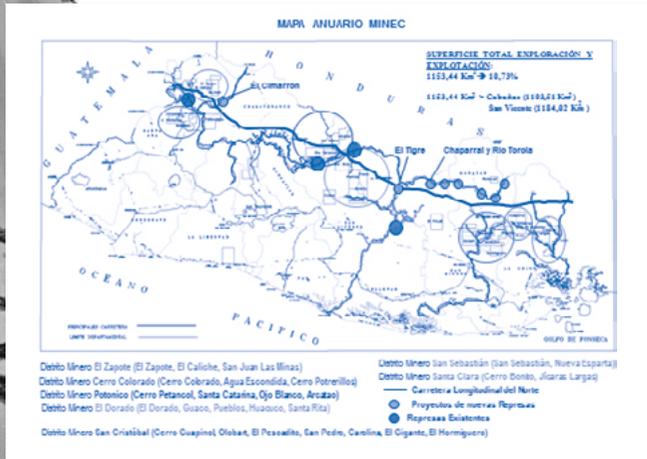
Seit Beginn der 90er-Jahre haben Studien von verschiedenen multilateralen Institutionen gezeigt, dass sich El Salvador am Rande einer Wasserkrise bewegt. Sie weisen darauf hin,

dass es drastischer Mittel bedarf, um die Umweltzerstörung umzukehren und die natürlichen Ressourcen nachhaltig zu verwalten. In El Salvador leben 6,3 Millionen Menschen auf 20.000 Quadratkilometern. Damit ist es das kleinste und am dichtesten besiedelte Land des amerikanischen Kontinents. Der Rio Lempa, der mehr als 60 Prozent der Bevölkerung mit Wasser versorgt, ist Teil der Gebirgskette, die sich durch Zentralamerika zieht. Dadurch ist das Land hinsichtlich der Wasserversorgung abhängig von seinen Nachbarländern Honduras und Guatemala und verwundbar gegenüber den extremen Effekten des Klimawandels in der Region. Die Entwaldung auf über 90 Prozent des nationalen Gebietes trägt dazu bei, dass der Boden abgetragen wird, weniger Wasser speichern kann und so stellenweise sogar verwüstet. Über die Hälfte der Flüsse führen nur in der Regenzeit Wasser und die Wassermenge der wichtigsten Flüsse hat sich in den letzten Jahrzehnten beträchtlich verringert. Aktuelle Studien des Ministeriums für Umwelt und Natürliche Ressourcen (MARN) mahnen, dass mehr als 90 Prozent des Ober- ➤



Sauberes Trinkwasser ist in El Salvador zu einem knappen Gut geworden.

„Ohne Wasser gibt es kein Leben. Mit Bergbau gibt es kein Wasser.“



Entlang der Grenze zu Honduras reihen sich Bergbaugelände und Staumdämme aneinander.

flächenwassers von Kontamination betroffen und nicht für den menschlichen Konsum geeignet sind.

Neue Gesetze für die Umwelt

Die Notwendigkeit, die knappen Wasserressourcen zu schützen, zwang die Regierung in letzter Zeit dazu, Strategien zur Verminderung von Umweltauswirkungen zu ergreifen: Das Einfrieren von Bergbauvorhaben (2009), die Nationale Umweltpolitik (2012), der Nationale Plan zum Klimawandel (2015) und die Gründung des Nationalrats für Nachhaltigkeit (2016) sollen die nachhaltigen Ziele institutionalisieren.

Was die Gesetzgebung betrifft hat sich die politische Fraktion der FMLN Umweltorganisationen angeschlossen, die versuchen, den juristischen Rahmen für die Regulierung zu stärken: Das Allgemeine Wasser-Gesetz soll das öffentliche und nachhaltige Management

von Wasser garantieren; das Gesetz zum Schutz der Bevölkerung, zu Prävention und Katastrophenschutz ermächtigt den Staat dazu, Maßnahmen zur Umkehr der sozio-ökologischen Krise zu ergreifen; und ein Sondergesetz verbietet den Metallbergbau.

Doch das unausgeglichene Kräfteverhältnis auf der legislativen Ebene sowie der hartnäckige Widerstand des Privatsektors und politischer Parteien, die die Deregulierung und Privatisierung von Gemeingütern befürworten, haben dazu geführt, dass diese Gesetzesvorschläge bei der Kommission für Umwelt und Klimawandel bisher unberücksichtigt bleiben. Der Oberste Gerichtshof hat die Möglichkeiten des Umweltministeriums eingeschränkt, die für die Umweltverschmutzung verantwortlichen Unternehmen zu regulieren und zu bestrafen.

Gemeinden erheben sich

Aufgrund des mangelnden Konsenses zwischen den politischen Kräften des Landes sowie der latenten Bedrohung neuer Bergbauprojekte haben die betroffenen Gemeinden selbst den Druck auf die Regierung erhöht. So hat die Gemeinde San Sebastián aus dem Departamento La Unión den Staat vor der Menschenrechtskommission dazu aufgefordert, Maßnahmen gegen die Commerce Group zu ergreifen, um finanzielle und ökologische Re-



parationsleistungen zu erwirken. In Cabañas forderten die an das Bergbauprojekt El Dorado angrenzenden Gemeinden, dass das Unternehmen OceanaGold ihr Territorium verlässt und eine Millionen-Forderung gegenüber dem salvadorianischen Staat fallen lässt. In Chalatenango haben Gemeinden Volksabstimmungen organisiert, um Bergbauprojekte des Unternehmens Au Martinique zu verhindern. Zudem fordern Gemeinden aus den Grenzzenen die Regierung auf, die potenziellen Auswirkungen von mehr als 30 Bergbauprojekten im nahen Honduras und Guatemala einzudämmen.

Beim breiten öffentlichen Widerstand gegen den Bergbau und dem Versuch der aktuellen Regierung, die Wasserressourcen zu schützen, zeigt sich allerdings, wie verwundbar eine demokratisch gewählte Regierung angesichts der wachsenden Herrschaft der Unternehmen ist. Bergbau-Unternehmen verfolgen auch weiterhin ihre Interessen, indem sie von supranationalen Tribunalen wie dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) Gebrauch machen. Außerdem untergraben sie die lokale Politik, indem sie sich Nichtregierungsorganisationen wie der Fundación El Dorado bedienen. Diese führt - finanziert von den Unternehmen - soziale Projekte durch, um sich die Unterstützung der lokalen Bevölkerung zu sichern.

Das Damokles-Schwert

Im Moment erwartet El Salvador den Beschluss des ICSID, vor dem das kanadisch-australische Unternehmen OceanaGold 301 Millionen US-Dollar vom salvadorianischen Staat fordert. Laut einem Bericht der Global Facility for Disaster Reduction and Recovery befinden sich 90 Prozent des nationalen Territoriums in Risikozonen, 95 Prozent der Bevölkerung leben dort und 96 Prozent des Bruttoinlandsproduktes wird in Risikozonen produziert. In einem Land mit derart hoher

Umweltverwundbarkeit könnte dieses Urteil die Konflikte verschärfen und einen tödlichen Präzedenzfall für andere Länder schaffen, die sich in einer ähnlichen Situation befinden. ■

Als Vertreter von SalvAide in El Salvador und internationaler Mittelsmann für CRIPDES arbeitet Pedro Cabezas schon viele Jahre zum Thema Bergbau und Verteidigung des Wassers.



„Wasser ist wertvoller als Gold!“

Dieses Motto vereint soziale Bewegungen in ihrem Widerstand gegen Goldminen in Lateinamerika vom Río Grande bis Feuerland. In El Salvador haben Bergbau-Unternehmen bereits durch ihre Erkundungsarbeiten Gewässer verschmutzt und ein Klima der Gewalt hinterlassen. Unterstützt von der CIR führt die Organisation von Pedro Cabezas, CRIPDES, lokale Volksbefragungen und Kampagnenarbeit gegenüber den Parteien durch, um die Konzerne von dem kleinen mittelamerikanischen Land fernzuhalten.

Unterstützen Sie diese wichtige politische Arbeit mit einer Spende.

Stichwort » CRIPDES «



Oasen im trockenen Korridor

Wie eigenständige Bäuerinnen die Trockentropen wieder fruchtbar machen

Xochilt Acalt ist seit langem eine Partnerorganisation der CIR. Mertxe Brosa Agirre und ihre Gefährtinnen aus Malpaisillo hatten ungünstige Startbedingungen für ihr landwirtschaftliches Projekt, verblüffen uns aber immer wieder mit pfiffigen Ideen, mit denen sie harte Männer zum Nachgeben und verstaubte Böden nachhaltig zum Blühen bringen. INTERVIEW: ANNE NIBBENHAGEN (CIR) ÜBERSETZUNG: KIRSTEN CLODIUS (CIR)

Mertxe, wie ist die Situation für Xochilt Acalt, welche Hindernisse galt es anfänglich zu überwinden?

„Kooperativen haben die natürlichen Ressourcen völlig unangemessen ausgebeutet als sie nach der Abwahl der Sandinist*innen 1990 kaum noch Unterstützung von der Regierung bekamen. Sie schlugen Edelholz ohne irgendeinen Plan von Nachhaltigkeit und verkauften Maschinen und Land an Großproduzent*innen, sodass es erneut zu einer Konzentration der Ländereien kam – komplett entgegen der vollzogenen Landreform im Sinne einer demokratischen Aufteilung. Diese Konzentration führte logischerweise zu einer Ausweitung der Monokulturen, insbesondere von Zuckerrohr und Erdnüssen. Zu Beginn von Xochilt Acalt und dem Landwirtschaftsprogramm mussten wir mit der Situation umgehen, dass die meisten Frauen keinen Zugang zu Wasser hatten. Nur wenige Häuser hatten eigene Brunnen, es

gab damals (1991) auch noch nicht die Wasserleitungssysteme, die es heute in einigen Gemeinden gibt. Unsere Region liegt in den Trockentropen. Dort regnet es weniger als in den umliegenden Landesteilen. Die Produktionsphase beschränkt sich im Jahr auf drei Monate, was für die Frauen demotivierend war, weil der Ertrag zunächst minimal war.

Mit welcher Strategie begegnete Xochilt Acalt zusammen mit den Frauen der Trockenheit und Wasserknappheit?

Zunächst haben wir für jede Frau einen Brunnen mit einem einfachen System zum Hochholen des Wassers mit Seil-Pumpen gebaut. Aber gleichzeitig mussten wir auch einen Prozess zur Einschreibung und Legalisierung durchführen, damit die Investition am Ende auch der Frau zu Gute kam und auf ihren Namen eingetragen wurde. Wir hatten da schon die Erfahrung gemacht, dass nach einer Trennung die Frau wegziehen musste, weil alles im



Besitz des Mannes war und dann der Brunnen automatisch ihm gehörte. Der Frau ging es dann wieder genau wie vorher, sie hatte nichts. Es war nicht leicht, dass die Männer den Frauen Besitz zugestanden, aber letztendlich haben die Frauen es geschafft.

Und das System hat nachhaltigen Erfolg?

Seit 25 Jahren bauen wir Brunnen. Immer, wenn weitere Frauen in unser Landwirtschaftsprogramm aufgenommen werden. Die fortgeschrittenen Frauen sind schon selbstständig und ihre Fincas funktionieren nachhaltig.

Das Modell zur nachhaltigen landwirtschaftlichen Produktion hat von Beginn an zu einem neuen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen geführt. Wir sorgen für ein "Mikroklima" auf den Fincas, pflanzen Bäume und auch bei der Einführung von Technologien gehörte die Wasserproblematik immer dazu. Wir installieren zum Beispiel Tröpfchenbewässerung, Wasserbecken und Auffangbehälter. Wir arbeiten sehr individuell mit den Menschen und passen die Strategien auf die jeweiligen Fälle entsprechend der Produzent*innen und den Gemeinden an. Und vor allem fördern wir einen vielfältigen und nachhaltigen Anbau, der auch als Gegenentwurf zum neoliberalen Modell dient.

Beschränkt sich die Arbeit von Xochilt auf die Fincas der Mitglieder?

Nein, dazu kommt die Arbeit der Frauen in den Umweltkommissionen der Gemeinden. Sie führten Maßnahmen zum Schutz und zur Pflege von Bachläufen durch. Auch mit Blick auf den kollektiven Gebrauch des Wassers.

Gleichzeitig arbeiten wir zusammen mit Gemeindeorganisationen für eine vernünftige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen. Wir haben Kommissionen eingerichtet, um auch besser auf andere Gemeindeorganisationen einwirken zu können, diese zu sensibilisieren und Normen einzuführen. In den letzten Jahren hatte auch der irrationale Verbrauch von Wasser der Großproduzent*innen negative Folgen für die Landbevölkerung – vor allem durch die grassierende Massenproduktion von Zuckerrohr, Reis und Erdnüssen.

Als Konsequenz der Monokulturen ist auch der Landpreis gestiegen, weil sich die Nachfrage erhöht hat. Dadurch haben wir inzwischen Probleme, jungen Leuten günstig zu Anbaufläche zu verhelfen. Aber das größte Problem daran ist der unverantwortlich hohe Wasserverbrauch durch konventionelle Bewässerungssysteme im großen Stil, der die Hausbrunnen der Bevölkerung beeinträchtigt. Das Recht auf Wasser ist zu einer privaten >



In Dürreperioden versorgen Tankwagen die Menschen mit Trinkwasser.

Ressource geworden. das beeinträchtigt die Bevölkerung – sowohl im Haushalt als auch in der Produktion.

Konntet ihr trotzdem auch Erfolge verzeichnen?

Die Frauen können jetzt mit ihren Familien anbauen und ernten. Sie haben über das Jahr Nahrung für die Familie und für ihr Vieh. Dafür war die Herstellung eines Mikro-Klimas rund um ihre Finca wichtig, um die Luft aufzufrischen und bessere Anbaubedingungen zu erreichen. Selbst bei 38 Grad Umgebungstemperatur ist es dort angenehm für Mensch, Tier und Nutzpflanzen.

Die Landbevölkerung ist jetzt besser in den Ressourcenschutz involviert, es gibt größere aufgeforstete Flächen in den Gemeinden und es sind schon einige Vogel- und Reptilienarten zurückgekehrt, weil ihr natürlicher Lebensraum sich erholt hat.

Was gibt es aktuell für Herausforderungen?

Gemeindeorganisationen sind inzwischen durch die Umweltkomitees sensibilisiert und haben Ressourcenmanagement in ihre Strategieplanung aufgenommen, aber wir müssen unbedingt auch Lobbyarbeit für mehr Umweltschutz bei lokalen Behörden und Regierungsinstitutionen leisten. Dafür müssen wir die Konsequenzen von exzessiver Ressourcenausbeutung, insbesondere von Wasser, weiter bekannt machen.

Und nicht zuletzt müssen wir weiterhin die Jugend sensibilisieren, damit sie den Umwelt- und Ressourcenschutz als Herausforderung ihrer Generation annehmen.



Gesunde Gemeinden

Xochilt Alcantal befähigt Landfrauen, sich selbst aktiv in die Gemeinde-Entwicklung einzubringen. Neben landwirtschaftlich nachhaltiger Produktion und lokalem Ressourcenschutz unterstützt die CIR sie außerdem bei einem Projekt, das darauf abzielt, die gesundheitliche Situation in den Gemeinden nachhaltig zu verbessern. Die Menschen in der Region um Malpaisillo im Nordwesten Nicaraguas werden durch öffentliche Gesundheitszentren nur mangelhaft medizinisch versorgt. Die Bevölkerung ist auf sich gestellt. Xochilt Alcantal fördert die Entstehung von Gesundheitskomitees, bildet 30 ehrenamtliche Gesundheitspromotor*innen aus und stellt Hausapotheken und Heilpflanzen zur Verfügung.



Für die Ausbildung der Gesundheitspromotor*innen bitten wir um Ihre Spende.

Stichwort » XOCHILT ALCALT «



Das Wasser steht kurz vor den Häusern der Bewohner*innen am Barro Blanco Dam in Panama. Die Betreiberfirma flutet ihr Zuhause – mit finanzieller Unterstützung aus Deutschland.

Konfliktherd Wasserkraft

Gerade im Entwicklungsbereich werden Wasserkraftwerke zunehmend als Lösung für Landwirtschaft (Bewässerung) und Energiegewinnung gepriesen. Sie gelten als günstige und zugleich saubere Energiequelle. Doch oft gehen Wasserkraftwerke mit gravierenden negativen sozialen und ökologischen Folgen wie Zwangsumsiedlungen und Verlust von Biodiversität einher – mit Beteiligung deutscher Gelder und Unternehmen. TEXT: REGINE RICHTER, KATHRIN PETZ

Im Westen Panamas stehen vier indigene Gemeinden kurz vor der Zwangsumsiedlung. Der Staudamm Barro Blanco ist fertiggestellt. Die, deren Ländereien jetzt geflutet werden, haben dem Bau des Staudamms nie zugestimmt. Damit verstößt der Staudamm gegen das UN-Prinzip der freien, vorherigen und informierten Zustimmung (FPIC) für Projekte, bei denen Indigene betroffen sind. Jahrelang haben die Gemeinden gegen den Staudamm gekämpft, trotzdem haben der Betreiber, die Regierung und die Geldgeber*innen, das Projekt vorangetrieben. Barro Blanco wird maßgeblich von europäischen Entwicklungsbanken finanziert, da-

runter die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), eine Tochter der staatseigenen KfW Bank.

Wasserkraft – ein sensibler Sektor

Wie auch in anderen Bereichen entscheidet über die negativen Auswirkungen nicht alleine die Technik oder Größe – ebenso wichtig ist die Frage, wie die von dem Projekt negativ Betroffenen in die Entscheidungsfindung und Planung einbezogen werden. Das geschieht meist nur unzureichend und so kommt es oft zu massiven Protesten gegen Wasserkraftwerke.





Protest vor der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft in Köln



Wie ernst kann die Bereitschaft zum Dialog gemeint sein, wenn die Staumauer schon steht?

Um menschrechtlich bedenkliche Projekte zu verhindern, sind neben einem Höchstmaß an Transparenz strenge und bindende Richtlinien notwendig, die an die spezifischen Probleme des Sektors angepasst sind. Im Bereich Wasserkraft sind das die Empfehlungen der Weltstaudammkommission (WCD). Sie wurden im Jahr 2000 veröffentlicht, an ihrer Erarbeitung war sowohl die Zivilgesellschaft als auch die Industrie beteiligt. Sie gelten als das anerkannteste und weitreichendste Regelwerk für die Realisierung von Wasserkraftprojekten. Die WCD empfiehlt, die öffentliche Akzeptanz schon in der Planung einzubeziehen, die Optionen und bestehende Staudämme umfassend zu prüfen, Flüsse und Lebensgrundlagen zu erhalten, Ansprüche anzuerkennen und den Nutzen gerecht zu teilen.

Das deutsche Entwicklungsministerium hat die Arbeit der Weltstaudammkommission aktiv unterstützt und sagt, es fördere nur Großstaudämme, die die WCD-Empfehlungen einhalten.¹ Allerdings gilt dies weder für die KfW Gruppe, noch für die Außenwirtschaftsförderung. Auslandsprojekte über die KfW Entwicklungsbank sollen sich an den WCD

Empfehlungen „orientieren“ (was nicht heißt, dass sie eingehalten werden müssen), von den KfW Töchtern DEG und IPEX-Bank wird selbst das nicht verlangt. Zwischen 2009 und 2013 hat die KfW 64 Wasserkraftwerke im Ausland unterstützt (5 IPEX-Bank, 25 DEG, 34 KfW Entwicklungsbank).²

Konsultationen ja – aber mit wem?

Für indigenes Land sehen die WCD-Empfehlungen einen Informations- und Einigungsprozess (FPIC) vor. Das Prinzip spielt auch bei den Standards von Weltbank und deren Privatkundentochter IFC, die auch die KfW anwendet, eine Rolle. Wie verbindlich und konkret es umgesetzt wird, dazu fehlt jedoch die Transparenz. Im Fall Barro Blanco etwa sagt die DEG, dass Konsultationen stattgefunden hätten. Diese haben jedoch nie die direkt vom Staudamm betroffenen Menschen einbezogen.

Menschenrechtskonzept als Lösung?

Seit Mai 2011 gibt das Menschenrechtskonzept des BMZ verbindlich vor, die Entwicklungszusammenarbeit konsequent nach den Menschenrechten auszurichten. Doch auch hier gibt es Schlupflöcher: Das Menschenrechtskonzept ist für die DEG und die KfW Entwicklungsbank nicht verbindlich, wenn sie Projekte auf eigenes Risiko durchführen. Das sind bei der DEG rund 98 Prozent der Finanzierungen.

Gefördert wird die Wirtschaft, nicht die Menschen

In der Außenwirtschaftsförderung, die unter der Federführung des Wirtschaftsministeriums steht, dient das Menschenrechtskonzept bestenfalls als Orientierung. Das BMWi pocht darauf, dass die Hauptaufgabe die Exportförderung sei. Deutsche Firmen wie Voith Siemens oder Andritz, ein österreichischer Anlagenbauer, der auch in Deutschland Nie-



derlassungen hat, mischen mit im internationalen Staudammgeschäft und lassen sich ihre Exporte teils durch sogenannte Hermesbürgschaften der Bundesrepublik absichern. Zu den Projekten der Firmen in den letzten Jahren gehören Dämme in Kolumbien, Angola oder der Agua Zarca Damm in Honduras (aus dem Voit Siemens nach dem Mord an Staudamm-Gegnerin Berta Cáceres ausgestiegen ist).

Unterdrückung und Verschleppung

In Angola nennt die Umweltverträglichkeitsstudie rund 100.000 direkt oder indirekt vom Staudamm betroffene Personen. Trotz Standortbesuch antwortete die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage, ihr seien „keine nachhaltigen Bedenken“ oder „Proteste der lokalen Bevölkerung“ bekannt.³ Dies mag daran liegen, dass es sich um ein hervorragendes Projekt handelt. In einem Land mit restriktiven NGO-Gesetzen, in dem jede Kritik als Vorbereitung eines Aufstands gelten kann, ist

jedoch wahrscheinlicher, dass Protest im Keim erstickt wird.

In Kolumbien streiten sich Betroffene und Betreiber des Hidrosogamoso-Staudamms darum, wem Entschädigung zusteht und wessen Lebens- und Erwerbsgrundlage eingeschränkt ist, ohne dass Kompensationen gezahlt wurden.

Mit den Problemen konfrontiert, ziehen sich deutsche Unternehmen – etwa in der Anhörung zum Nationalen Aktionsplan „Wirtschaft und Menschenrechte“ im November 2015 – gerne darauf zurück, dass sie nur Teile liefern und deshalb keine Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen hätten. Eine sehr billige Ausrede. Umso wichtiger ist eine konsequente Verbindlichkeit der WCD-Richtlinien für alle Bereiche der deutschen Auslandsaktivitäten. ■

Regine Richter und Kathrin Petz sind Campaignerinnen bei der Organisation urgewald, die gegen Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen vorgeht, indem sie sich direkt an die Investor*innen von Großprojekten richtet.

Gewaltlos gegen Großprojekte

Die CIR unterstützt das Maya-Frauenetzwerk Tzununija in Guatemala. Das Netzwerk hat Mitgliedergruppen in Maya-Gemeinden im ganzen Land. Die Staudammprojekte in Barillas, Xalalá und Santa Rita sind meist international finanziert und bedrohen gleich mehrere Gemeinden. Sie greifen in die Strukturen der Maya-Gemeinden ein und sorgen so für Konflikte. Wo Stauseen entstehen, werden Menschen ihres Landes enteignet und das gesammelte Wasser wird an anderer Stelle knapp. Formiert sich Protest, wird er kriminalisiert. Die Tzununija-Frauen entwickeln in ihrem Netzwerk Schulungen für gegenseitigem Informationsaustausch und gewaltlosen Widerstand gegen die Großprojekte.



Die CIR bittet um Unterstützung für die Finanzierung dieser Schulungen.

Stichwort » MAYAFRAUEN GEGEN STAUDÄMME «

El Salvador

Basisgemeinden stärken

Gerade, vom 13.-17. September 2016, treffen sich die lateinamerikanischen Basisgemeinden (CEBs) zu ihrem alle vier Jahre stattfindenden Kontinentaltreffen, dieses Mal in Paraguay.

Sie tauschen sich aus und bestimmen ihre religiöse und politische Richtung. Die CEBs sehen sich als arme Kirche und Kirche der Armen. Für sie ist das Gedenken an ihre Märtyrer*innen, allen voran Bischof Romero, sowie die unzähligen Priester, Ordensleute und Laien, welche ihr Eintreten für mehr Gerechtigkeit mit dem Leben bezahlten, von zentraler Bedeutung. Diese haben eine wichtige Vorbildfunktion für die Ausrichtung des täglichen Lebens und Glaubens. Daraus resultieren politische Forderungen: Sie treten ein für Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, feiern aber auch lebensbejahende, fröhliche Gottesdienste.



Damit waren und sind sie der offiziellen Kirche schon immer ein Dorn im Auge. Umso wichtiger ist es, die CEBs zu stärken, um sie als Gegengewicht zur meist autoritären und hierarchischen Amtskirche zu erhalten.

Die CIR hat die 4.000 US-Dollar Reisekosten der drei CEB-Delegierten aus El Salvador vorfinanziert. Hierfür bitten wir um Ihre Unterstützung.

Stichwort » BASISGEMEINDEN EL SALVADOR «

Grundsätze unserer Projektarbeit

Mit Ihrer Spende kann die Christliche Initiative Romero e.V. Projektpartner*innen unterstützen, die sich einsetzen für

- die Selbstbestimmung von Frauen
- die Achtung und Anerkennung arbeitender Kinder
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- die Ökologie
- die politische Stärkung der Zivilgesellschaft
- die Achtung und Selbstbestimmung indigener Bevölkerung

Honduras

Politik ist wichtig

Das „Centro de Derechos de Mujeres“ (Zentrum für Frauenrechte), CDM, arbeitet seit 1994 für ein zentrales Ziel: Die Entwicklung einer inklusiven Demokratie in Honduras. CDM setzt sich dabei auch gegen die von Ungleichheit geprägten Geschlechterbeziehungen im Land ein und fördert insbesondere die aktive Beteiligung von Frauen am gesellschaftlichen und politischen Leben. Wir unterstützen sie dabei in einem Projekt mit 120 Frauen aus acht Gemeinden in der Region Santa Bárbara. „Über Politik zu sprechen war für mich eine großartige Erfahrung. Ich habe dabei verstanden, warum das so wichtig ist und wie unsere Parteien damit zusammenhängen!“, resümiert eine Teilnehmerin einer Fortbildung.



Die junge Mutter hat ihren Nachwuchs am Tag gegen Gewalt gegen Frauen zur friedlichen Demo mitgebracht.

Bitte spenden Sie für die politische Bildung von Frauen.

Stichwort » CDM «

Guatemala

Gutes Leben für Landfrauen

Die CIR unterstützt in der Region San Marcos das Movimiento de Trabajador/as y Campesin/as (Bewegung der Landarbeiter*innen), MTC. Lucrecia Orozco vom MTC betont, dass die Rolle der indigenen Frauen in ländlichen Mayagemeinden stärker werden solle. „Wir möchten, dass Maya-Frauen ihre Interessen in ihren Gemeinden besser artikulieren können und für Frauenrechte und Gesundheit eintreten können. So sind die Frauen im Widerstand gegen die negativen Folgen des Goldabbaus aktiv, weil dort das Wasser verschmutzt ist.“ Die CIR unterstützt das Programm, in dem das MTC 65 Multiplikatorinnen ausbildet mit 5.000 Euro.

Bitte helfen Sie uns, das Geld aufzubringen.

Stichwort » FRAUEN DES MTC «

IHRE SPENDE HILFT

SPENDENKONTO

Unsere Projekte stehen für Wege zu mehr Gerechtigkeit, zukunftsfähiger Entwicklung und kultureller Vielfalt und Toleranz. Wenn nötig, leistet die CIR in Mittelamerika auch Notfall- und Katastrophenhilfe. Gemeinsam mit unseren Projektpartner*innen sind wir für Planung, Durchführung und korrekten Einsatz der Gelder verantwortlich. Um unseren Partner*innen langfristige Perspektiven geben zu können, sind wir auf Ihre Spenden ebenso angewiesen wie auf Zuwendungen der Europäischen Union, des Weltgebetstags der Frauen oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), des Katholischen Fonds und des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) sowie auf Spenden aus Kirchen- und Pfarrgemeinden, Schulen und Eine-Welt-Läden.

Bitte unterstützen Sie unsere Projektpartner*innen mit einer Spende.

Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265
0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM

In Honduras sind Polizei und Armee allgegenwärtig in der Öffentlichkeit. Zu Demonstrationen gegen industrielle Großprojekte kommen die Uniformierten nicht unbedingt zum Schutz der Aktivist*innen.



Mittelamerika

Das tödlichste Jahr

Alarmierender Anstieg von Morden an Umweltaktivist*innen

*Die Verfolgung und Ermordung von Land- und Umweltaktivist*innen in Mittelamerika beschäftigt uns bei der CIR seit geraumer Zeit. Die Studie „How many more?“ der britischen Organisation Global Witness von Mai 2015 hat bestätigt, was wir schon lange vermuteten: Die mittelamerikanischen Ländern sind im weltweiten Vergleich unverhältnismäßig stark von diesem Phänomen betroffen. Nun hat die Organisation einen neuen Bericht herausgebracht. TEXT: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)*

Unsere Partnerorganisation CRIPDES in El Salvador fordert seit 2009 eine juristische Aufarbeitung der Morde an drei Gegner*innen des geplanten Goldbergbauprojekts El Dorado. Konzessionen für offene Tagebaue aber auch agroindustrielle Großprojekte, großflächige Rodungen und der Bau von Staudämmen erhöhen den Druck auf die Landnutzung erheblich. Doch der Protest kleinbäuerlicher und indigener Gemeinden

wird mit Kriminalisierung und Gewalt bestraft. Unternehmen, staatliche Institutionen und kriminelle Organisationen haben sich oft zu einem mächtigen Bündnis verschworen. Laut dem neuesten Bericht von Global Witness „On Dangerous Ground“ sind die Morde 2015 im Vergleich zum Vorjahr um erschreckende 59 Prozent auf 185 angestiegen. Das ist der höchste Wert, seitdem die Organisation 2002 begann, Daten zu sammeln. „Die

Umwelt ist zu einem neuen Schlachtfeld für Menschenrechte geworden“, stellt Global Witness schon zu Beginn des Berichts fest.

Besorgniserregende Situation in Nicaragua

Besonders auffällig ist das erstmalige Auftauchen von Nicaragua in der Liste. In dem Land mit nicht einmal sechs Millionen Einwohner*innen wurden 2015 zwölf Indigene ermordet. Dahinter stehen Konflikte um das Gemeindeland der indigenen Miskito, deren Gemeindevorsteher in manchen Fällen Ländereien an Kleinbäuer*innen und Eliten aus der sandinistischen Armee verkauft haben. „Die Forderungen der Indigenas an die Regierung, den gesetzlich verankerten Schutz ihrer kommunalen Territorien zu garantieren, werden von dieser kaum beachtet“, stellt Heizel Tórrez von der CIR-Partnerorganisation Centro Humboldt fest. Dabei hat die interamerikanische Kommission für Menschenrechte dem Staat Schutzmaßnahmen für die betroffenen Miskito angeordnet. Der Global Witness Bericht fordert vom nicaraguanischen Staat ein entschiedenes Eintreten für die indigenen Bürger*innen – sowohl bei der juristischen Aufklärung der Morde als auch beim Schutz der bisher Überlebenden – und die volle Anerkennung ihrer Landrechte.

Gefährlichste Branche: Bergbau

Die Verbindung der Morde zum Bergbau hat im Vergleich zu 2014 sogar um 70 Prozent zugenommen. Nicht nur in Kolumbien, Peru und den Philippinen bleiben extractive Industrien die größte Bedrohung für Umweltaktivist*innen. Viele Bergbauunterneh-

men seien dazu übergegangen, immer größere Mengen an Metallen, Mineralien und fossilen Energieträgern abzubauen, um bei sinkenden Weltmarktpreisen weiterhin hohe Gewinne einzufahren, so der Bericht. Gleichzeitig setzen viele Regierungen die Regulierung des Sektors immer weiter herab. So locken sie Investoren an – auf Kosten der Umwelt.

Wer sich dagegen wehrt, wird von den Regierungen und Konzernen als Gegner*innen der Entwicklung stigmatisiert. Akteure eines breiten Spektrums von staatlichen Behörden wie der Armee und der Polizei über paramilitärische Gruppen bis hin zu Auftragsmörder*innen schüchtern die Landverteidiger*innen ein, greifen zu äußerster Gewalt und genießen dabei fast vollständige Straffreiheit! „Mord ist zu einem politisch akzeptierten Mittel zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen geworden. So eine Situation habe ich in zehn Jahren noch nicht erlebt“, sagt ein im Bericht zitierter Aktivist im Amazonasgebiet Brasiliens.

Auch in Mittelamerika spielt der Bergbau bei der Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger*innen eine unrühmliche Rolle. Auf unserer Delegationsreise nach El Salvador und Guatemala im November 2015 trafen wir >



Gemeindevorsteher*innen und Mitarbeiter*innen von Organisationen, die uns von Diffamierungskampagnen gegen Bergbauegner*innen berichteten. Dabei sollte der Widerstand niemanden verwundern: Die Vergabe von Abbaurechten (Konzessionen) schreitet rapide voran und verschlingt Territorien im zweistelligen Prozentbereich der Landesflächen in Guatemala, Honduras und Nicaragua. Absurde Gesetze erlauben es Bergbau-Unternehmen in Honduras, Wasser in enormen Mengen auch außerhalb der Konzessionen zu verbrauchen.

Was tun?

Um die Verbrechen an Umweltschützer*innen und Landaktivist*innen langfristig zu bekämpfen, sind strukturelle Maßnahmen nötig. Deshalb fordert der Bericht die Regierungen der betroffenen Länder auf, u.a. gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Aktivist*innen



zu ergreifen, die strafrechtliche Verfolgung zu fördern und die wichtige Rolle der Menschenrechtsverteidiger*innen öffentlich anzuerkennen. Letztendlich sind aber für die Morde auch die Nachfrage nach Rohstoffen in Europa und die mangelnde Sorgfalt der verarbeitenden Industrie bei der Beschaffung solcher mitverantwortlich. So fordert

der Bericht von allen Regierungen und Unternehmen, Maßnahmen zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen verbindlich einzuführen und umzusetzen. Diese Verantwortung sollte vor allem dann gelten, wenn Staaten bilaterale oder multilaterale Verträge wie Freihandelsabkommen abschließen. Die EU hat 2013 ein Assoziierungsabkommen mit den mittelamerikanischen Staaten abgeschlossen. Inwiefern die Einhaltung der Menschenrechte damit garantiert werden soll, bleibt angesichts solcher Verbrechen schleierhaft. ■

Widerstand ist gefährlich

Das Nicaraguanische Zentrum für Menschenrechte (CENIDH) kämpft für die Einhaltung derselben und bildet dafür Menschenrechtsverteidiger*innen aus, die in einem Netzwerk landesweit aktiv sind – auch gegen industrielle Großprojekte. Gemeinsam mit Betroffenen unternehmen sie die notwendigen Schritte und ziehen, wenn nötig, auch vor Gericht, um Menschenrechtsverletzungen zur Anzeige zu bringen und Wiedergutmachung zu erstreiten. Das ist den Mächtigen ein Dorn im Auge und so erfordert ihr Engagement Mut und Durchhaltevermögen. CENIDH vermittelt ihnen diese Stärken.



Unterstützen Sie CENIDH in ihrer Arbeit zum Schutz von Menschenrechten.

Stichwort » CENIDH «



Schon beim Transport zum Arbeitsplatz legen die Betreiber der Melonenplantagen um Choluteca keinen besonderen Wert auf die Sicherheit ihrer Angestellten.

Honduras

Melonen süß-sauer

Der Süden Honduras' ist eine Region mit großem Potential. Multinationale Konzerne produzieren agrarwirtschaftliche Produkte für den Weltmarkt – mit jährlich steigenden Gewinnen. Gleichzeitig handelt es sich um eine der ökonomisch schwächsten Regionen des Landes mit hoher Armut und Arbeitslosigkeit. Ein Bericht unserer Partnerorganisation EMIH dokumentiert schwere Arbeitsrechtsverletzungen in der Melonenproduktion.

TEXT: THORSTEN MOLL (CIR)

Arbeitsrechtsverletzungen in der Agrarindustrie in Honduras

- Bezahlung unter dem gesetzlichen Mindestlohn
- hohe Anzahl Überstunden, meist unbezahlt
- Arbeit an Sonn- und Feiertagen, unbezahlt
- Unternehmen verweigern die Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen
- unberechtigte Entlassungen
- illegale Schwangerschaftstest vor der Einstellung
- keine angemessene Schutzkleidung

Die Arbeitsrechtsverletzungen von Agrarunternehmen wie Suragroh und Covetur (siehe Kasten Seite 22) sind exemplarisch für die Bedingungen in der Melonenproduktion im Süden von Honduras. Die meisten der hier etwa 25.000 Beschäftigten sind Frauen. Laut

einer Studie des honduranischen Gewerkschaftsbundes FESTAGRO müssen 69 Prozent von ihnen Überstunden leisten, wobei fast die Hälfte unbezahlt ist. Der Großteil arbeitet sonntags und an Feiertagen ohne Bezahlung. 85 Prozent der Arbeiter*innen er- ➤



Unter einem Meer aus Schutzfolie reifen die Melonen für den Export.



halten weniger als den Mindestlohn von 240 US-Dollar. Doch noch nicht einmal der würde ein Leben in Würde ermöglichen. Die Mehrheit der Arbeiter*innen verdient sogar nur 100 US-Dollar im Monat – bei einer durchschnittlichen Familie von sechs Personen deutlich unter einem Dollar pro Person und Tag – die Grenze zur absoluten Armut.

Ausbeuterisch, gesundheitsgefährdend, prekär

Die Situation der Arbeiter*innen ist ohnehin prekär, da die Melonenproduktion nur von Dezember bis Mai als Einkommensquelle dient. 98 Prozent der Arbeiter*innen müssen sich laut FESTAGRO außerhalb dieser Periode eine andere Beschäftigung suchen. Außerdem schwächt die temporäre Beschäftigung die Position der Arbeiter*innen, da diese befürchten müssen, im folgenden Jahr keine Verträge mehr zu erhalten. Die große „Ersatzarmee“ an Arbeitslosen in der Region erweist sich dabei für die Unternehmen als perfides Druckmittel.

Für die Arbeiter*innen gibt es hingegen nur wenige Alternativen. Viele versuchen ihr Glück im Bergbau, der zwar längere Arbeitsverträge bietet, aber gleichzeitig hohe Risiken birgt.

Die skandalösen Arbeitsbedingungen waren der Anlass für honduranische Gewerkschaften und NGOs, sich mit einer Petition an die US-amerikanische Regierung zu wenden. Denn die honduranische Regierung schützt eher die Interessen der Konzerne, als seinen

Um den Lohn geprellt

Auf einer Melonen-Hacienda, auf der 3.000 bis 5.000 Arbeiter*innen beschäftigt sind und auf der auch die Unternehmen Suragro und Covesur produzieren lassen, führte das Arbeitsministerium von Choluteca 2007 eine Untersuchung durch: Hier standen Zahlungen in Höhe von insgesamt etwa 258.000 US-Dollar an die Arbeiter*innen aus! Den Unternehmen wurde vom Arbeitsministerium die Zahlung einer Strafgebühr von lediglich 4.500 US-Dollar auferlegt. Und auch nur diese Gebühr wurde gezahlt. Die ausstehenden Löhne der Arbeiter*innen wurden bis zur Einreichung der Petition im Jahr 2012 – fast vier Jahre nach der Veröffentlichung des Berichts – noch immer nicht geleistet.

Bürger*innen Vereinigungsfreiheit oder freien Zugang zu fairen Gerichten zu gewähren. Die Arbeitervertreter*innen beriefen sich insbesondere auf Artikel 16 des Freihandelsabkommens CAFTA zwischen Honduras und den USA. Unterstützt vom amerikanischen Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO fordern sie von der US-Regierung, Honduras zur Beseitigung von rechtlichen und institutionellen Hindernissen für eine wirksame Durchsetzung von Arbeitsrechten zu verpflichten – bislang ohne Erfolg.

Verantwortlich: Fruchtkonzerne...

So kann das rücksichtslose Streben der Konzerne nach Profit ungehindert weitergehen, zum Beispiel auch durch gefährlich gedrückte Ausgaben für Arbeitssicherheit. Im Dezember 2015 berichteten verschiedene Medien darüber, dass sich etwa 150 Personen auf einer Melonenplantage der Marke Fyffes in Choluteca vergiftet hatten. 16 von ihnen mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Grund war der Einsatz von Chemikalien sowie die unzureichende Schutzkleidung der Arbeiter*innen, die sie sich in der Regel selbst beschaffen müssen. Melonen von Fyffes gibt es auch bei uns in Deutschland zu kaufen.

...und deren europäische Abnehmer

Dieser Fall ist nur ein Beispiel für die Zusammenhänge zwischen schlechten Arbeitsbedingungen im Globalen Süden und steigenden Gewinnen von Unternehmen aus dem Norden. Auf den Plantagen in der Region um Choluteca wird insbesondere für den nordamerikanischen und europäischen Markt produziert, auf denen internationale Investoren hohe Dividende erzielen. Für die honduranische Wirtschaft wirft diese Produktion für den Export kaum Gewinne ab und trägt nicht zur Entwicklung des Landes bei – im Gegenteil.

Der Fehler liegt im System. Das System heißt: Ausbeutung. Und auch deutsche Supermärkte sind Teil davon. Die vier großen Supermarktketten Edeka (mit Netto), die Schwarz-Gruppe (Kaufland und Lidl), Aldi sowie Rewe (mit Penny) vereinen mittlerweile 85 Prozent des Lebensmitteleinzelhandels auf sich und können dadurch enormen Preisdruck auf die Zulieferer – unter anderem aus Honduras – ausüben. Sie tragen Mitverantwortung für die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen und in den Fabriken und müssen dementsprechend dafür Sorge tragen. ■



Um den Agro-Chemikalien nicht ganz ausgesetzt zu sein, hat sich diese Arbeiterin selbst Schutzkleidung gebastelt.

Für Arbeitsrechte! – Gewusst wie

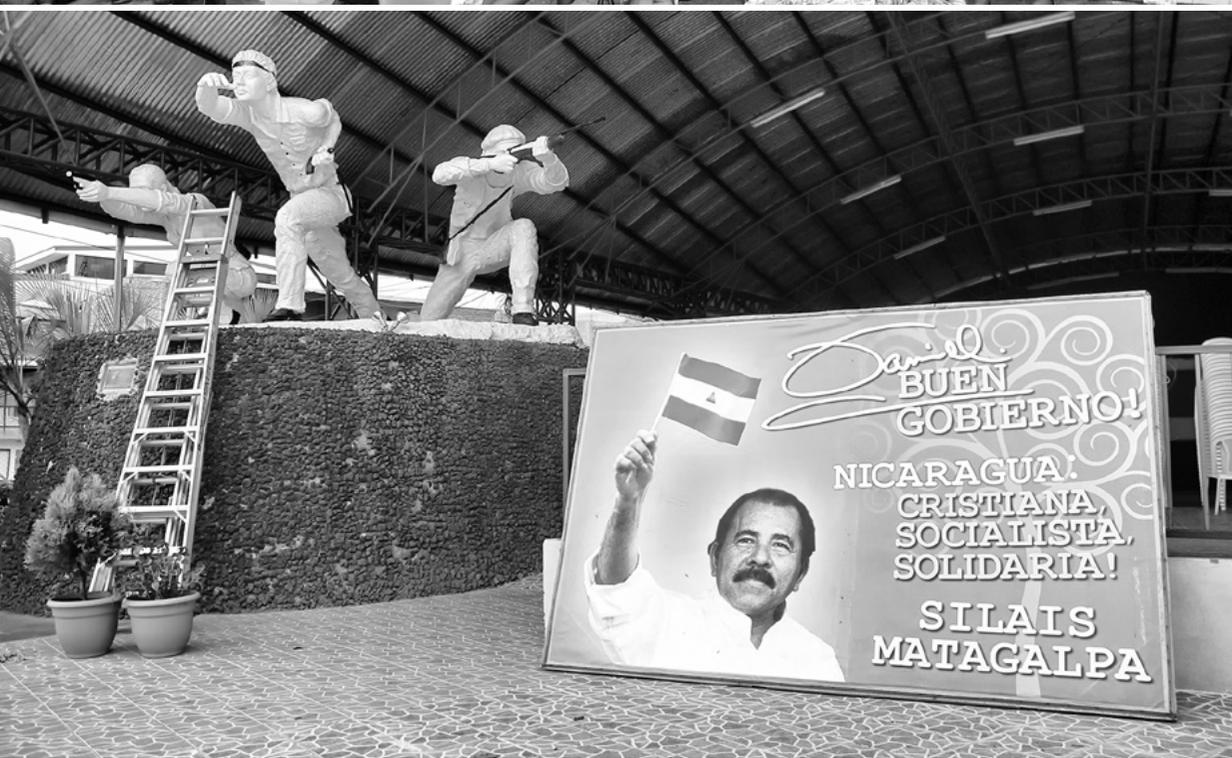
Wer etwas verbessern will, muss wissen wo der Schuh drückt. Nur mit genau recherchierten Zusammenhängen und Fakten kann eine gute Strategie entwickelt werden. Und nur so kann man Druck auf Unternehmen ausüben und sie dazu bewegen, die Situation von Arbeiter*innen ernsthaft zu verbessern.

Das „Equipo de Monitoreo Independiente de Honduras“ (Unabhängiges Monitoring-Team Honduras), EMIH, stellte die Hintergrundinformationen für diesen Artikel zusammen. Es deckt regelmäßig Missstände auf und berichtet öffentlich darüber. Nur so gelangt die Wahrheit über Ausbeutung in der honduranischen Bekleidungs- und Lebensmittelproduktion ans Licht.

**Recherche kostet Geld.
Unterstützen Sie EMIH beim Aufdecken
von Arbeitsrechtsverletzungen.**

Stichwort » EMIH «

Friedlicher Portest wie hier ist in Nicaragua nur noch selten zu sehen, seit Präsident Daniel Ortega (Wahlplakat unten) immer mehr Demonstrationen gewaltsam auflösen lässt.



Erst nach Protesten des MEC werden die verhafteten Demonstrant*innen freigelassen.

Nicaragua

Zuckerbrot und Peitsche

Polizeiübergriffe in Textilfabrik

Der Mindestlohn für die Beschäftigten der stark wachsenden Bekleidungsindustrie wurde angehoben und der Sozialstaat sukzessive ausgebaut. Das ist die eine Seite der politischen Medaille in Nicaragua. Der Abbau rechtsstaatlicher Verhältnisse und die brutale Repression gegen soziale Proteste sind die andere, hässliche Seite. Ein aktueller Vorfall in einer Textilfabrik macht dies deutlich – wenige Monate vor den anstehenden Präsidentschaftswahlen. TEXT: THOMAS KRÄMER (CIR)

Am 27. Juni 2016 rückte die Bereitschaftspolizei auf Forderung des koreanischen Unternehmens Sae-A Tecnotex S.A. in dessen Fabrik in Tipitapa bei Managua ein. Sie unterdrückte nicht nur gewaltsam den Protest von Arbeiter*innen vor der Fabrik, sondern verhaftete auch zwei Gewerkschafter*innen innerhalb der Fabrik aus der laufenden Produktion des Betriebes mit über 3.000 Beschäftigten.

Sandra Ramos, Direktorin der Frauen- und Arbeitsrechtsorganisation María Elena Cuadra (MEC) ist entsetzt: „Das ist ein absoluter Tabubruch. Noch nie zuvor hat es so ein Vorgehen gegen Beschäftigte in einer Maquila-Textilfabrik in Nicaragua gegeben.“ Die Beschäftigten vor der Fabrik forderten bessere Arbeitsbedingungen, wie sauberes Trinkwasser, realistische Stückzahlen als Zielvorgaben für das Tagesproduktionssoll und insbesondere die Wiedereinstellung von zwei entlassenen Gewerkschafter*innen.

Nicht zum ersten Mal

Dies ist nicht der erste Vorfall in Zusammenhang mit diesem Unternehmen. In einem Bericht der CIR-Partnerin Comisión para la Verificación de Códigos de Conducta (Prüfungskommission für Verhaltenskodizes), CO-

VERCO, der von der Fair Labour Association in Auftrag gegeben worden war, wurde bereits am 4. März 2013 ein ähnlicher Fall bei Sae-A Tecnotex S.A. festgestellt.

Das Mutterunternehmen Sae-A Trading ist Koreas größtes Bekleidungsproduktionsunternehmen mit etwa 20 Fabriken in Asien und Lateinamerika. Diese beliefern den Massenmarkt in den USA und haben Kunden wie Walmart, Target und Kohl's.

Generalverdacht und präventive Festnahmen

Bei dem brutalen Polizeieinsatz in der Fabrik wurden viele Arbeiter*innen verletzt und elf wurden als „Präventivmaßnahme“ festgenommen. Einige der Festgenommenen waren gar keine Beschäftigten von Sae-A Tecnotex S.A., sondern Personen, die die Proteste vor der Fabrik unterstützten oder beobachteten. Darunter waren auch eine schwangere Frau und ein Arbeiter mit Herzproblemen aus einer anderen Fabrik.

Die Festgenommenen wurden fünf Tage in Untersuchungshaft gehalten und erst nach massiver Intervention des MEC entlassen. Trotz des unverhältnismäßig brutalen Vorgehens der Bereitschaftspolizei, das mit Videoaufnahmen dokumentiert wurde, und der Tat- >

AKTION

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Die Kampagne für Saubere Kleidung und die internationale Clean Clothes Campaign (CCC) unterstützen den Aufruf des MEC mit folgenden Forderungen an die nicaraguanische Regierung:

- Lassen Sie die Anklagen gegen die Arbeiter*innen, die am 27. Juni 2016 in der Sae-A Fabrik festgenommen wurden, fallen.
- Respektieren Sie das Recht von Gewerkschaften, in Vertretung der Arbeiterschaft zu handeln.
- Ziehen Sie die zur Rechenschaft, die den Polizeieinsatz gegen einen friedlichen Protest angefordert haben.
- Stellen Sie sicher, dass Sae-A Tecnotex S.A. den Forderungen der Arbeiter*innen nach sauberem Trinkwasser nachkommt, die Höhe des Produktionssolls überprüft, würdige Arbeit und eine würdige Behandlung der Arbeiter*innen garantiert sowie die Arbeitnehmerrechte effektiv umsetzt.

Bitte unterstützen Sie diese Forderungen durch Teilnahme an der Eilaktion der Kampagne für Saubere Kleidung unter www.sauberekleidung.de.

Immer da, wenn's brennt

Für die Unterstützung der Angeklagten im Fall Sae-A Tecnotex S.A. sind der Frauen- und Arbeitsrechtsorganisation María Elena Cuadra (MEC) insbesondere für Anwält*innen schon erhebliche Kosten entstanden.

Die CIR hat finanzielle und politische Unterstützung zugesagt.

Bitte unterstützen Sie das MEC mit einer solidarischen Spende.

Stichwort » MEC «



Die elf Freigelassenen nach ihrem 5-tägigen „präventiven“ Gefängnisaufenthalt.

sache, dass Sae-A Tecnotex S.A. alle Anschuldigungen gegen die Arbeiter*innen fallen ließ, hat die nicaraguanische Regierung Strafanzeige gegen die Arbeiter*innen erhoben. Diesen steht nun eine Gerichtsverhandlung wegen angeblicher Angriffe auf die Bereitschaftspolizei bevor. Das MEC – seit vielen Jahren enger Partner der CIR in Nicaragua – unterstützt die Angeklagten nach Kräften und bittet um internationale Solidarität (siehe Kasten).

Die Strategie des Staates

Das staatliche Vorgehen in diesem Arbeitskonflikt ist Teil einer Politik, die demokratische Freiheiten zunehmend beschneidet. Doch offene Repression muss dafür nur selten angewandt werden – denn es gibt nur noch selten politische oder soziale Proteste. Noch wichtiger sind totalitäre Tendenzen der sozialen und politischen Kontrolle bis in die Stadtviertel und Familien. Mit Hausbesuchen wird „politische Überzeugungsarbeit“ geleistet – und darauf hingewiesen, dass der Sohn doch ein Studien-Stipendium erhält.

Die bevorstehende Präsidentschafts- und Parlamentswahl wird die Herrschaft der FSLN und der Familie Ortega-Murillo für weitere fünf Jahre festschreiben. Die Umfrageergebnisse sind eindeutig. Im August ernannte Daniel Ortega seine Frau Rosario Murillo zur Vizepräsidentenskandidatin – und damit zu seiner automatischen Nachfolgerin für den Fall seines vorzeitigen Ablebens. Die politischen Verhältnisse in Nicaragua scheinen für viele Jahre festgeschrieben. ■



Der Eingangsbereich zur Gatsuert-Mine von Centerra Gold ist streng bewacht.



Andere Länder – gleiche Sitten

Skrupellose Bergbaukonzerne und politische Eliten in der Mongolei

Eine Delegation unserer Kampagne Stop Mad Mining reiste mit weiteren NGOs in den Norden der Mongolei, um sich ein Bild von örtlichen Bergbauaktivitäten zu machen. Obwohl am anderen Ende der Welt, erinnerte so manches an Mittelamerika. TEXT: ANNA BACKMANN (CIR)

Die Mongolei ist viereinhalbmal so groß wie Deutschland, ein Land mit unendlichen Steppen und Wüsten. Die Hälfte der Bevölkerung in dem am dünnsten besiedelten Land der Erde ist in der Hauptstadt Ulan-Bator ansässig, etwa 40 Prozent der Menschen leben immer noch als Nomad*innen und Viehzüchter*innen. Sie sind eng mit ihrem Land und ihren Tieren verbunden. Als wir mit unserem Minibus stundenlang durch grüne Hügel und Steppenlandschaft fahren, kreuzen wir eine Tierherde nach der nächsten: wilde Pferde, Kühe, Ziegen und Schafe.

Von reichen Bodenschätzen und blauem Gold

Unter der beeindruckenden Landschaft bewahrt die Mongolei Kohle, Uran, Gold, Kupfer, Zinn und andere Bodenschätze in großen Mengen. Rohstoffe, die wir in unseren alltäglichen Produkten brauchen. Deutschland ist nahezu zu 100 Prozent abhängig von Rohstoffimporten. Deshalb hat es eine Rohstoffpartnerschaft mit der Mongolei geschlossen, die am 13. Oktober fünf Jahre alt wird. Erklärtes Ziel: Die Mongolei bei einer „nachhaltigen >

FOTOS: ANNA BACKMANN (CIR), VLADIMIR KAMPF



Die Veröffentlichung des Infodienstes wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt des Infodienstes ist allein die CIR verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.



Der heilige Berg Noyon mit historischen Grabstätten ist durch die Gatsuurt-Mine gefährdet.

wirtschaftlichen Entwicklung zu unterstützen“. Vor allem aber geht es wohl darum, der deutschen Wirtschaft die Versorgung mit Rohstoffen zu garantieren. Menschenrechte und Umweltstandards haben kaum Eingang in das Abkommen gefunden. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) zahlte dem kanadischen Unternehmen Centerra Gold einen Kredit von 150 Millionen Dollar, unter anderem für den Bau der Gatsuurt-Tagebauminer.

Für betroffene Viehzüchter*innen, die seit Generationen in der Region der geplanten Mine leben, zählt einzig und allein das „Blaue Gold“: Wasser. Die Viehzüchter*innen sorgen sich um ihr Land und die Zukunft der Kinder. Sie fürchten um die Flüsse, die von den Bergen in der Abbauregion fließen, und den Zugang zu Seen sowie Sommer- und Wintercamps und natürlich auch um ihre Tiere, die breite Straßen voller donnernder LKWs nicht gewohnt sind. Aufgrund ihres Protestes gegen die Mine werden sie in regelmäßigen Abständen vom „Community Manager“ von Centerra Gold besucht, der sie nach Angaben eines Viehzüchters stark unter Druck setzt. Der Nomade versichert uns, dass er das Land wenn nötig unter Einsatz seines Lebens verteidigen werde.

Natur und Kultur werden mit abgetragen

Offiziell liegen die Lizenzen der Gatsuurt-Mine

derzeit auf Eis: Das „Gesetz mit dem langen Namen“, das im Jahr 2009 verabschiedet wurde, untersagt den Rohstoffabbau in der Nähe von Quellen, geschützten Gebieten oder Wäldern. Die Gatsuurt-Mine ist 200 Meter tief und gefährdet somit Quellen und Kulturgüter. Die Umstände werden in einem aktuell laufenden Gerichtsverfahren geprüft. Sollte Centerra Gold die Genehmigung zum Abbau in der Gatsuurt-Mine erhalten, würden hier fünf oder sogar sechs Berge einfach verschwinden, unter anderem der heilige Berg Noyon, auf dem das Weltkulturerbe historischer Hunnengrabstätten zu finden ist. Das giftige Zyanid, mit dem das Gold herausgelöst wird, kann – wie etwa in El Salvador geschehen – das „blaue Gold“ verschmutzen.

2015 hatte die Regierung dem Unternehmen eine Ausnahme-Genehmigung erteilt, da das Projekt von „strategischer Wichtigkeit“ für die Mongolei sei. Daraufhin kam es zu Protesten durch Mitglieder mongolischer Umweltschutzorganisationen, die von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurden. Osorbal Tserennadmid, eine der Aktivist*innen, führt die Bewegung zur „Rettung des Noyon Mountain“ an. Sie erzählt uns, wie sie aufgrund ihres Widerstands Opfer von Einschüchterungsversuchen wurde und dass sie ohne Gehhilfe seither nicht mehr laufen kann. Sie zeigt uns die Narben, die Messerstiche auf ihrem Bauch hinterlassen haben.

Beejing Khastumur deckte mit seiner Organisation DMNN (Delhiin Mongol Nogoön Negdel) schon über 100 illegal ausgegebene Lizenzen auf, indem er zu den Minengebieten fuhr und bei Verstößen die Regierung zum Handeln aufforderte. Um den Noyon Mountain zu retten, organisierte die DMNN einen



Osorbal Tserennadmid braucht eine Gehhilfe, seit ihr nach Protesten ein Bein gebrochen wurde.

Hungerstreik, bei dem die Mitglieder im kalten mongolischen Winter 13 Tage vor dem Parlament kampierten. Der Erfolg von DMNN ist der Regierung ein Dorn im Auge — derweil drohen Beejing Khastumur fünf Jahre Haft „für eine Straftat unter Einsatz von Waffengewalt“, trotz jeglicher fehlender Beweise.

Kanadischer Konzern ohne Skrupel

Daher ist es umso erstaunlicher, dass es im Mai 2016 gelang, mit einer Klage beim Verwaltungsgericht die Genehmigung von Centerra Gold für die Gatsuurt-Mine vorerst zu stoppen. Anwalt G. Batbayar, beteiligt am Gerichtsverfahren, erklärt uns das kriminelle Vorgehen des Unternehmens: Centerra Gold versuche, sich um die angemessene Gewinnbeteiligung des mongolischen Staates zu drücken. Das Unternehmen hatte angegeben, für zwei Lizenzen der Gatsuurt-Mine jeweils 50 Tonnen Gold zu gewinnen und den mon-



golischen Staat mit 34 Prozent zu beteiligen. In seinem Kreditantrag an die EBRD habe das Unternehmen allerdings von 200 Tonnen gesprochen. Der Anwalt schätzt, dass es über 1.000 Tonnen Gold sein könnten. Eine Kontrolle von staatlicher Seite, wieviel das Unternehmen tatsächlich abbaut, sei durch fehlende Gesetze und Mechanismen kaum möglich. Auch Steuerzahlungen stellte Centerra Gold nach drei Jahren einfach ein.

Das Vorgehen ähnelt dem in anderen rohstoffreichen Ländern. Es zeigt die skrupellosen Machenschaften der Abbau-Unternehmen und korrupter Regierungsvertreter*innen, die vor allem ihren eigenen Profit maximieren wollen. Mit unserer Kampagne Stop Mad Mining setzen wir uns für die Einhaltung von unternehmerischen und staatlichen Sorgfaltspflichten ein. Wir haben die deutsche Botschaft in der Mongolei gebeten, den Fall von Beejing Khastumur zu beobachten. ■

Keine Menschenrechtsverletzungen für ThyssenKrupp-Stahl!

In unserer Studie „Diebstahl“ deckten wir auf, dass mehrere tausend Menschen in Mosambik aus ihrer Heimat vertrieben wurden, damit Zulieferer von ThyssenKrupp dort Kokskohle für die deutsche Stahlproduktion abbauen können. Die Menschen wurden nicht oder nur symbolisch entschädigt und wissentlich in Gebiete umgesiedelt, die für die Sicherung ihrer Lebensgrundlage völlig unzureichend sind. ThyssenKrupp muss die Rechte der vom Bergbau Betroffenen im Zulieferkodex festhalten und mit seinen Zulieferern in Dialog treten, um die Situation für die Menschen zu verbessern!



Dafür setzen wir uns mit unserer Kampagnenarbeit ein.
 Bitte unterstützen Sie uns dabei mit einer Spende.

Stichwort » STOP MAD MINING «

FOTOS: ANNA BACKMANN, PETER KNOBLOCH (BEIDE CIR)



Die Veröffentlichung des Infodienstes wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt des Infodienstes ist allein die CIR verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.



Romero Stiftung

Stiftungsbroschüre – Neuaufgabe 2016

Spendeneinnahmen sind nur schwer kalkulierbar und die öffentlichen Zuschüsse werden immer

knapper. Seit 2002 gibt es daher die Romero Stiftung. Sie ermöglicht der CIR dauerhaft, ihren Partnerorganisationen in Mittelamerika zuverlässig zur Seite zu stehen und auch in Zukunft in Europa unabhängige Kampagnenarbeit zu leisten. Ihre Zustiftungen geben uns die Möglichkeit dazu. Informieren Sie sich unter

www.ci-romero.de/ueberuns_romero-stiftung oder bestellen Sie die Stiftungsbroschüre im Bestellschein auf Seite 31.

Neu im CIR-Team



Anil Shah unterstützt seit Juni 2016 unser Berliner Büro bei der Kampagne SUPPLY CHANGE. Als Volontär wird er vor allem Informations- und Bildungsmaterial rund um

die Themen Marktmacht, Zertifizierung von Lebensmitteln und Unternehmensverantwortung von Supermärkten mit erstellen.

Zuvor studierte Anil Globale Politische Ökonomie an der Universität Kassel. In den vergangenen Jahren forschte und arbeitete er unter anderem zu Unternehmensverantwortung in globalen Lieferketten, Handels- und Investitionsabkommen und sozial-ökologischen Konflikten um Land, Wasser und Ressourcen.

FOTO: ISABELL ULLRICH (CIR)

IN EIGENER SACHE

Unser Computer ist so programmiert, dass Spendenquittungen alle drei Monate ausgestellt werden. Sollten Sie 14 Tage nach Quartalsende trotzdem nichts von uns gehört haben, melden Sie sich bitte bei uns. Unsere Verwaltungsarbeit wird erleichtert, wenn Sie Ihren Namen, Ihre Anschrift und den Verwendungszweck Ihrer Spende deutlich angeben. Eine weitere Erleichterung ist die Ausstellung von Einzugsermächtigungen bei Dauerspender*innen. Füllen Sie einfach dieses Formular aus und senden Sie es uns zu.

Einzugsermächtigung

Ich unterstütze die Arbeit der CIR mit einem Beitrag

von _____ Euro

- einmalig monatlich
 1/4 jährlich 1/2 jährlich jährlich

bis auf Widerruf beginnend am _____

Verwendungszweck:

- Projektarbeit Öffentlichkeitsarbeit
 Projekt-/Öff.-Arbeit Fördermitgliedschaft

Hiermit ermächtige ich die Christliche Initiative

Romero e.V., den Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen. Die SEPA-Lastschrift kann jederzeit mit sofortiger Wirkung widerrufen werden.

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

IBAN / Konto-Nr.

BIC / BLZ

Bank

BESTELLSCHEIN Alle angegebenen Preise zzgl. Versandkostenpauschale.

Porto und Verpackung werden zusätzlich berechnet. Beachten Sie bitte, dass aus Platzgründen nicht alle Titel, die wir im Versand führen, in unserer **presente** erwähnt werden. All unsere Publikationen finden Sie unter www.ci-romero.de/bestellen.

Wieder da:
Individuelle Weihnachtskarten aus der peruanischen Kinderkooperative MANTHOC. Jetzt bestellen, solange der Vorrat reicht!

Christliche Initiative Romero	Euro	Expl.
Broschüre: Romero Stiftung Neuaufgabe		
RomeroZeitung 2015 – anlässlich der Seligsprechung Romeros	gegen Porto	
Werkmappe Romero: Falsche Propheten gibt es genug	4,00	
Flyer: Maquila-Solidaritätsfonds	gegen Porto	
Faltblatt: CIR-Fördermitgliedschaft	gegen Porto	
Faire öffentliche Beschaffung		
Flyer: Sozial verantwortlicher Einkauf in Kommunen – Diese Projekte zeigen, wie es geht	gegen Porto	
Praxisleitfaden: ILO-Kernarbeitsnormen und Fairer Handel beim Einkauf von Dienstbekleidung	2,00	
Aktionszeitung: Wie fair kauft meine Stadt?	gegen Porto	
Karte: Wie fair kauft meine Stadt?	gegen Porto	
Leitfaden: Wegweiser zur sozial verantwortlichen Beschaffung in Kommunen	4,00	
Großer FAIRNESS-Check – Testen Sie Ihre Kommune!	gegen Porto	
Öko-sozialer kirchlicher Einkauf		
Infoblatt: Das öko-faire Gotteshaus	gegen Porto	
Aktionszeitung: Wie fair kauft meine Kirche?	gegen Porto	
Leitfaden: Wie fair kauft meine Kirche? Ein Leitfaden zum ethischen Konsum in Kirchen	5,00	
Kampagne „FrauenStimmen gegen Gewalt“		
DVD: „Jetzt habe ich eine Stimme!“ Frauenorganisationen in Nicaragua (5 Kurzdokumentationen) <input type="checkbox"/> spanisch <input type="checkbox"/> deutsch	6,00	
Kampagne für Saubere Kleidung		
Set: Eingefädelt – Arbeitshilfe für MultiplikatorInnen	7,00	
Spiel: Fit For Fair - Foto-Memospiel zum Thema Bekleidungsindustrie	10,00	
Foto-Posterserie zur Bekleidungsindustrie: „Nach St(r)ich und Faden“ (6 Poster)	15,00	
Hintergrund: #SAUBEREKLEIDUNG	gegen Porto	
Faltblatt: Fit For Fair für SportlerInnen und Vereine	gegen Porto	
Werkmappe: Fit For Fair Arbeitsbedingungen in der weltweiten Sportbekleidungsproduktion	5,00	
Aktionskarte für kritische Konsument*innen: „Ich möchte die ganze Rechnung sehen!“	gegen Porto	
Werkmappe: Mode ohne Würde: Ausbeutung in der weltweiten Bekleidungsindustrie. Informationen, Strategien, Aktionen	5,00	
DVD: Nähen für den Weltmarkt 4 Filme plus Diareihe Neuaufgabe	6,00	
Kaffee-Kampagne		
Kaffeebarometer 2014	3,00	

Supermärkte	NEU!	Euro	Expl.
Bildungs- und Aktionstasche mit 6 Kurzfilmen, 10 Methodenblättern, vielen Aktionsmaterialien		15,00	
Werkmappe: Supermärkte in die Verantwortung nehmen!		5,00	
Einkaufschip: SUPPLY CHAINGE Green Coin		1,00	
Postkartenkatalog: Food Vision Photo Contest		5,00	
Aktionszeitung: Hauptsache billig?			gegen Porto
Flyer: SUPPLY CHAINGE – Make Supermarktes fair! (englisch)			gegen Porto
Ethischer Konsum			
Aktionsmaterial und KundInnenkarte: Tricksen Tarnen Täuschen			gegen Porto
Aktionskarte: Gaben & Begabungen teilen			
Werkmappe: Kaufwahn oder Konsumieren mit Sinn?		5,00	
7-teilige Plakatserie zum Thema Ausbeutung in der Bekleidungs- und Orangensafterstellung		20,00	
Prospektpersiflage Was hinter den Schnäppchen steckt <input type="checkbox"/> KIK <input type="checkbox"/> ALDI <input type="checkbox"/> LIDL <input type="checkbox"/>			gegen Porto
Ausgespresst! Orangensaft-Produktion im Fokus			
Studie: Im Visier: Orangensaft bei Edeka, Rewe, Lidl, Aldi und Co.		2,00	
Aktionszeitung: Ausgespresst! Orangensaft im Fokus von der Plantage bis zum Supermarkt			gegen Porto
DVD: Ausgespresst!		6,00	
Rohstoffe			
Studie: Diebstahl – Wie die Stahlindustrie sich aus der Verantwortung stiehlt		4,00	
Flyer: Stop Mad Mining			gegen Porto
Aktionszeitung: Rohstoffe auf Kosten von Mensch und Natur?			gegen Porto
Geschenkideen			
Weihnachtskarten aus Kinderhand		1,50	
Geknüpfe Fadenkreuze El Salvador (ab 100 Stk. á 0,60)		0,80	
Bunte Holzkreuze mit biblischen Motiven , von Kooperativen der Basisgemeinden El Salvadors, (versch. Größen)			
	3 cm (Anhänger)	3,00	
	13 cm	8,00	
	20 cm	10,00	
	29 cm	13,00	

Bitte schicken Sie mir den E-Mail-Newsletter der CIR zu.

Name/Organisation _____

Strasse, Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel./Fax _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____



Christliche Initiative Romero (CIR)
Schillerstraße 44a · D-48155 Münster
Tel. 0251 - 67 44 13-0 · Fax 0251 - 67 44 13-11
cir@ci-romero.de · www.ci-romero.de

DKM Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM

WIR HABEN ES SATT! KONGRESS

LANDWIRTSCHAFT MACHT ESSEN
30. SEPT. - 3. OKT. 2016
BERLIN



Ende September findet der zweite „Wir haben es satt“-Kongress in Berlin statt. Die Christliche Initiative Romero ist Mitveranstalterin und setzt sich in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis für eine ökologischere und sozial gerechte Landwirtschaft ein. Kommen Sie vorbei und besuchen Sie die Veranstaltungen unserer Supermarkt-Kampagne **SUPPLY CHANGE**:

- > **Ausstellung zum Thema „Supermärkte in die Verantwortung nehmen“ <**
- > **Workshop zu Arbeitsbedingungen in der globalen Fleischindustrie. <**

Auf WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE können Sie sich bis zum 23. September 2016 zum Kongress anmelden.

BILDUNGS- & AKTIONSTASCHE FÜR FAIRE SUPERMÄRKTE



Die Bildungs- und Aktionstasche beinhaltet vielfältige Materialien rund um Supermärkte und Eigenmarken, soziale und ökologische Probleme in der globalen Lebensmittelproduktion, Marktmacht und Unternehmensverantwortung. Die Inhalte sind sowohl für die schulische als auch außerschulische Bildungsarbeit geeignet und flexibel einsetzbar. Die Tasche wurde aus wiederverwendeten Materialien und unter fairen Bedingungen in Vietnam produziert. (Größe ca. 30x25x8cm)

WAS STECKT DRIN?

- >> Eine umfangreiche DVD zur aktuellen Rolle von Supermärkten in der globalen Lebensmittelproduktion (mit einer Powerpoint-Präsentation, sechs Filmclips, sechs Fotoplakaten und zehn Methodenblättern)
- >> Die Werkmappe „SUPPLY CHANGE – Supermärkte in die Verantwortung nehmen!“
- >> Drei „Brennpunkt“-Aktionszeitungen zu Supermärkten, Konsum und Orangensaft
- >> Zwei Adbust-Broschüren zu ALDI und LIDL sowie ein Aktionsflyer
- >> Ein Postkartenbuch mit den Gewinnerfotos des FOOD VISION Fotowettbewerbs 2015



Bestellen Sie die Tasche jetzt mit dem umseitigen Bestellschein.

